

GBZ

GEWERKSCHAFTSBUND DES KANTONS ZUG

JAHRESBERICHT

2001

GEWERKSCHAFTSBUND DES KANTONS ZUG

GBZ

Gewerkschaftsbund des Kantons Zug GBZ

GBZ-Vorstand

<i>Präsident:</i>	Bruno Bollinger	Burgmatt 3, 6340 Baar	P: 761 89 13	SMUV
<i>Vizepräsidentin:</i>	Josy von Wyl	Sonnhalde 8, 6313 Edlibach	P: 755 19 94	GBI
<i>Vizepräsident:</i>	Pietro Panico	Chamerstr. 152, 6300 Zug	G: 711 04 20	SMUV
<i>Kassierin:</i>	Sybilla Schmid	Burgmatt 3, 6340 Baar	P: 761 89 13	SMUV
	Toni Gschwind	Staldenstr. 3, 6313 Menzingen	P: 755 19 57	VPOD

GBZ-Vertretungen

Konsultativkommission für Wirtschafts- und Konjunkturfragen

Bruno Bollinger (SMUV), Madeleine Landolt (GBI)

Verein für Arbeitsmarktmassnahmen (VAM)

Josy von Wyl (GBI)

Kantonale Gleichstellungskommission

Sybilla Schmid Bollinger (SMUV)

Schlichtungsstelle für die Gleichstellung von Mann und Frau

Bruno Bollinger (SMUV)

Einigungsamt

Hans Rüegg (GeKo), Ersatz: Sybilla Schmid Bollinger (SMUV)

Verein für die Betreuung der ausländischen ArbeitnehmerInnen

Pietro Panico (SMUV)

Berufsschulkommission der Gewerblich-industriellen Berufsschule Zug

Ruedi Amrein (SMUV)

Angeschlossene Verbände:

Gewerkschaft Industrie Gewerbe Dienstleistungen SMUV

Sekretariat: Metallstr. 5, 6300 Zug, Tel. 711 04 20

Präsident: Ruedi Amrein, Hertistr. 35a, 6300 Zug

Gewerkschaft Bau & Industrie GBI

Sekretariat: Metallstr. 5, 6300 Zug, 711 81 47 / *Präsident:* Fredy Frei, Fadenstr. 25, 6300 Zug

VPOD Schweizerischer Verband Personal öffentlicher Dienste

Präsident: Toni Gschwind, Staldenstr. 3, 6313 Menzingen

Schweizerischer Eisenbahner Verband SEV (Diverse Untergruppen)

Gewerkschaft Kommunikation (Gruppe der Sektion Zentralschweiz-Post)

Inhaltsverzeichnis

1. Vorbemerkungen.....	4
2. Die GBZ-Aktivitäten	6
Schliessung Lego Baar	6
Jubiläum Frauenstimmrecht / Gleichstellung / Frauenstreik.....	6
Arbeitsgericht	7
Abstimmung Initiative "Kapitalgewinnsteuer"	7
3. GBZ-Veranstaltungen.....	8
Diskussionsabend für PolitikerInnen zum Thema "Soziallohn"	8
1. Mai 2001	8
GBZ-Apéro mit der Kollegin und dem Kollegen aus dem Regierungsrat.....	8
4. Informationspolitik	9
Pressemitteilungen	9
GBZ-Info.....	9
Vernehmlassungen	10
5. Kommissionstätigkeit.....	10
Konsultativkommission für Wirtschafts- und Konjunkturfragen.....	10
Verein für Arbeitsmarktmassnahmen (VAM).....	10
Kommission für die Gleichstellung von Mann und Frau	11
Schlichtungsstelle für die Gleichstellung von Mann und Frau	11
Einigungsamt.....	11
Verein für die Betreuung der ausländischen ArbeitnehmerInnen	11
Berufsschulkommission der gewerblich-industriellen Berufsschule Zug (BSK)	11
6. Die GBZ-Verbände	12
Mitgliederentwicklung	12
GBI.....	12
SMUV	12
VPOD.....	12
Gewerkschaft Kommunikation	12
SEV	13
Innerschweizer Gewerkschaftsbünde	13
7. GBZ-Gremien	13
GBZ-DV vom 27. März 2001	13
GBZ-Vorstand.....	13
8. Schlussbemerkungen.....	14

1. Vorbemerkungen

Der Herbst 2001 wird nicht so schnell in Vergessenheit geraten. Ereignisse, die am gesunden Menschenverstand zweifeln lassen, überschlugen sich. 11. September: Attentat auf die USA. US-Präsident Bush wartet nicht lange und erklärt den Krieg gegen das ärmste Land der Welt. Der englische Premierminister, der Sozialdemokrat Blair, bekundet als erster seine aktive und uneingeschränkte Unterstützung für die USA. Ehemalige italienische Kommunisten sprechen von "Bombe buone" (guten Bomben). 26. September: Der Nationalrat beschliesst unverschämte Steuergeschenke an die Reichen. 27. September: Attentat auf den Zuger Kantonsrat. 2. Oktober: Die Schweizer Banken lassen die Swissair am Boden (Grounding). Oktober: Die Economiesuisse fordert die sofortige Privatisierung der SBB. Eric Honegger verlässt die UBS - mit jährlich 300'000 Franken Sackgeld. 24. Oktober: Tragödie am Gotthard. Schamlose Reaktion der Lastwagenlobby, die sofort eine zweite Röhre fordert. November: Die Swissair geht Bankrott. Mit Beteiligung des Staates wird eine neue Fluggesellschaft gegründet - für das Personal gibt es aber nicht einmal einen Sozialplan.

Aber bereits vor diesem schwarzen Herbst überschatteten negative Meldungen das Jahr 2001: Die Wirtschaftsgewaltigen treffen sich im Bündnerland. Damit sie dies ungestört machen können, wird Ende Januar Davos in eine Polizeifestung umgewandelt. Mitte Februar breitet sich von England die Maul- und Klauenseuche aus: Tausende von Tieren werden notgeschlachtet. Ende Februar beschliesst die Lego die Schliessung des Werkes in Baar. Mitte Mai gewinnt Silvio Berlusconi die italienischen Wahlen. Ende Mai muss Nationalratspräsident Peter Hess 48 Verwaltungsratsmandate abgeben. Ende Juni kommt es am G-8-Gipfel in Genua zu schweren Auseinandersetzungen; die Polizei erschiess einen Demonstranten. Juli: Der Bündner Polizeichef Peter Aliesch tritt trotz massivem Druck nicht aus dem Regierungsrat zurück.

Der Nährboden dieser Entwicklung heisst Neoliberalismus, jene Ideologie also, die das Recht der Stärkeren, schöngeistig "Tüchtige" genannt, über alles stellt: Alles soll dereguliert werden, damit die "Tüchtigen" sich voll entfalten können. Staatsbetriebe sollen privatisiert werden, denn nur "tüchtige" Private sind fähig, sie zu leiten. Möglichst viele Gesetze sollen liberalisiert werden, denn die "Tüchtigen" brauchen keine öffentliche Aufsicht. Wenn alle diese Ereignisse etwas positives haben sollen, dann soll es die Erkenntnis sein, dass die Welt nicht den "Tüchtigen" überlassen werden darf.

Zug wurde Ende September ganz direkt getroffen: Einer, der meinte, ein besonders "Tüchtiger" zu sein und es trotzdem nie auf einen grünen Zweig gebracht hat, stürmte in den Zuger Kantonsrat, ermordete 14 Menschen und verletzte weitere 15 zum Teil schwer. Der Mörder hatte keine politischen Motive, seine Opfer erschoss er wahllos, denn für ihn waren sie alle schuldig, der verschmähten "Classe politique" anzugehören. Gerade deshalb war diese Tat aber nicht unpolitisch. Der Täter war zwar Blocher-Fan, die Tat kann dennoch nicht dieser Partei in die Schuhe geschoben werden. Diese Partei hat aber einiges zum Nährboden für eine solche Tat beigetragen: Die systematische, gebetsmühlenartige Diffamierung der "Classe politique", inklusive der eigenen Bundesräte, ist ein Dünger für solche Rücksichtslosigkeiten. Weiterer Dünger liefert die neoliberale Doktrin der "Tüchtigen", die den Zuger Täter dazu gebracht hat, sich gar zum exekutierenden Richter emporzuheben. Zusätzlichen Dünger kommt aus dem immer brutaleren Funktionieren der Wirtschaft, in der die Arbeitenden - ohne Ausnahmen bis zu hohen Kadern - immer mehr bloss als Zahlen behandelt werden und nicht als Menschen. Wohingegen die Kapitalbesitzer immer mehr abrahamen und sich ihre "Management-Tätigkeiten" schamlos vergolden lassen.

In den ersten Wochen der Trauer und der Fassungslosigkeit war in Zug viel davon die Rede, dass der Ton in der Politik gemässiger werden sollte. Aber schon bei den ersten Auseinandersetzungen war davon nicht mehr viel zu spüren. Beim Abstimmungskampf über die Kapitalgewinnsteuer im November diffamierten Zuger Politiker die Gewerkschaften als Lügner und Populisten. Auf eine entsprechende Entgegnung reagierte der Eine so betroffen gehässig, dass uns klar wurde, der neue Ton in der Politik soll höchstens als Maulkorb für unliebsame Kritiker verwendet werden. Die Scharfmacher aus dem bürgerlichen Lager werden keine Mühe scheuen, ihnen unliebsame politische Vorstösse, die ihre Interessen oder jene ihrer Auftraggeber tangieren, mit rücksichtslosen Mitteln zu bekämpfen. Die Zuger Linke übt sich noch in betroffener Zurückhaltung. Sie wird aber nicht darum herum kommen, jene bürgerlichen Politiker, die ihre materiellen Interessen hinter Privatisierungen und Liberalisierungen verstecken, beim Namen zu nennen. Sie wird auch nicht darum herum kommen, konsequenter gegen die neoliberale Politik vorzugehen. Es wäre nichts anders als absurd, wenn es ausgerechnet die Scharfmacher Volkspartei wäre, die aus der ganzen Situation politisches Kapital schlagen würde.

Die Gewerkschaften gehörten auch 2001 zu den wenigen Organisationen, die mit ihrem Einsatz für mehr Fairness in der Arbeitswelt einen entscheidenden Beitrag für eine soziale, gerechte und menschliche Gesellschaft leisteten. Die Gewerkschaften, zusammen mit den Angestelltenverbänden, organisieren mit über einer Million Beschäftigten den grössten Teil der Arbeitenden. Wenn nun die Vorschläge und die Anliegen der Gewerkschaften von bürgerlicher und Arbeitgeberseite als Phantastereien abgetan oder auf sie gar nicht eingegangen wird, dann werden alle Beschäftigten beleidigt. Viele Arbeitgeber und ihre bürgerlichen Vertreter vergessen offenbar, dass der gesamte Reichtum, über den sie verfügen und durch den sie ihre Macht ausüben, eigentlich von den Arbeitenden erarbeitet worden ist.

Im Kanton Zug haben wir nicht nur bei der Abstimmung über die Kapitalgewinnsteuer eine Diskriminierung der Gewerkschaften erleben können:

- Bei der Reform der Gerichte schlug der GBZ die Schaffung eines Arbeitsgerichts vor, was bei vielen PolitikerInnen auf ein positives Echo stiess. Die entsprechenden Gremien gingen aber nicht einmal darauf ein, denn offenbar dürfen keine Vorschläge angenommen werden, die "von der falschen Seite" kommen. Die Gewerkschaften wurden nicht einmal angehört.
- Beim privatisierten Zuger Spital schaffte es die Gewerkschaft VPOD, für das Personal einen guten GAV auszuhandeln und prompt versuchten jene bürgerlichen Politiker, die am lautesten die Privatisierung der Spitäler verlangt hatten, via Staat, Druck gegen eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für das Spitalpersonal zu machen.
- Bei der Schliessung der Lego in Baar stellten die Gewerkschaften ihre Hilfe zur Verfügung, dies trotzdem, dass die Lego-Angestellten es nicht nötig gefunden hatten, einer Gewerkschaft beizutreten. An der Baarer Gemeindeversammlung wurden die Gewerkschaften jedoch seitens des Gemeinderates als nutzlos und überflüssig dargestellt.
- 1996 haben die Zuger Stimmberechtigten eine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten klar abgelehnt. Hauptgrund waren die schlechten Arbeitsbedingungen des Verkaufspersonals. Die Gewerkschaften haben darauf Vorschläge für gesamtarbeitsvertragliche Regelungen gemacht. Von Arbeitgeberseite ist man aber nicht darauf eingegangen. Trotzdem beschliesst die Mehrheit des Zuger Kantonsrates (darunter auch die SP-Fraktion) nochmals eine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten, die sogar über jene hinausgeht, die 1996 abgelehnt worden ist.

Diese Beispiele zeigen, dass die Gewerkschaften in den kommenden Zeiten sich nicht nur bei den Arbeitgebern Respekt verschaffen müssen, sondern auch bei den Behörden. Dabei muss

allen in Erinnerung gerufen werden, dass die Gewerkschaften nicht als Selbstzweck handeln, sondern im Dienste ihrer Mitglieder und all der Lohnabhängigen, die zwar nicht Mitglied einer Gewerkschaft sind, dennoch von der Arbeit dieser profitieren. Die Gewerkschaften handeln somit im Interesse der grossen Mehrheit der Arbeitenden. Das muss wieder Vielen klar gemacht werden!

2. Die GBZ-Aktivitäten

Schliessung Lego Baar

Am 27. Februar wird der GBZ inoffiziell darüber informiert, dass die Lego die Schliessung des Baarer Werkes beschlossen hat. So konnte rechtzeitig eine Pressestellungnahme vorbereitet werden. Die SGA reichte eine Interpellation beim Zuger Kantonsrat und beim Baarer Gemeinderat ein. Am 19. März wird die Interpellation an der Baarer Gemeindeversammlung behandelt. Der Baarer Gemeindevizepräsident und diverse Exponenten von SVP und CVP benützen die Gelegenheit, um gegen die Gewerkschaften zu polemisieren; der Schliessungsentscheid wird jedoch akzeptiert. Die Kritik der Gewerkschaften richtet sich gegen den Sozialplan, der zwar finanziell grosszügig ausgestaltet ist, jedoch nicht als Recht für alle Entlassenen gilt, sondern dessen Umsetzung von der Willkür der Firmaleitung abhängig ist. Nach langem Drängen wird Ende März GBI-Sekretär Giuseppe Reo von der Lego-Direktion zu Gesprächen empfangen. Nach einem Monat antwortet die Lego-Direktion der GBI, sie brauche die Hilfe der Gewerkschaften nicht. Die GBI erwägt in der Folge, die Lego wegen Verletzung der Informationspflicht einzuklagen. Da aber praktisch keine Lego-Arbeiter gewerkschaftlich organisiert sind, wird davon abgesehen - ohne die Direktbetroffenen macht so eine Klage keinen Sinn. Den Arbeitern, die auf Juli keine neue Stelle gefunden haben, wird eine Weiterbeschäftigung im Werk Willisau angeboten. Eine Wegentschädigung soll den längeren Arbeitsweg erträglicher machen. Das Werk Baar wird aber nicht geschlossen, denn es wurde kein Käufer für das Areal gefunden. Dies erhärtet die Vermutung, dass das Werk Baar nur wegen der hohen Bodenpreise und dem damit erhofften Gewinn geschlossen werden soll. Ende 2001 wurden in Baar nach wie vor Legosteine produziert...

Jubiläum Frauenstimmrecht / Gleichstellung / Frauenstreik

Ende 2000 wird eine Arbeitsgruppe gegründet, die aus dem Zuger Kantonalen Frauenbund, der Frauenzentrale Zug, der Kommission für Gleichstellung von Frau und Mann, den CVP-, FdP-, SVP- und SP-Frauen, den Alternativen Frauen, der Organisation für die Sache der Frau Ofra und dem GBZ besteht. Bereits im Februar tritt die Arbeitsgruppe mit Inseraten zum Jubiläum vom 14. Juni 2001 in Erscheinung. 30 Jahre Frauenstimmrecht und 20 Jahre Gleichstellungsartikel in der Bundesverfassung sollen gewürdigt werden. Eine Mehrheit der Arbeitsgruppe ist aber dagegen, auch 10 Jahre Frauenstreik zu feiern. Am 13. Juni führte die Ofra ein Theater und Frauenfest durch, an dem über 120 Leute teilgenommen haben. Am 13. September organisierte die Arbeitsgruppe eine Lesung mit Annette Hug, Schriftstellerin und Lisa Schmuckli, freischaffende Philosophin, an der 80 Leute teilnahmen. Die Arbeitsgruppe bleibt bestehen und organisiert den Abstimmungskampf für die Fristenlösung.

Arbeitsgericht

Als der GBZ im Mai 2000 in einer Stellungnahme ein kantonales Arbeitsgericht forderte, schien es fast so, wie wenn dieser Vorschlag hätte realisiert werden können. Im Zusammenhang mit der Revision der Zivilprozessordnung suchte man eine Lösung für die Streitigkeiten in arbeitsvertraglichen Angelegenheiten. Die kantonsrätliche Justizprüfungskommission hatte eine Schlichtungsstelle vorgeschlagen, die bei der Volkswirtschaftsdirektion hätte angesiedelt werden sollen. Die GBZ war gegen diese Lösung, weil eine Vermittlung ein Rechtsmittel sei, somit eine klassische Funktion der Justiz und keine Aufgabe der Verwaltung. Die Staatswirtschaftskommission schlug dem Kantonsrat vor, die Vorlage zurückzuweisen, damit der Vorschlag der Gewerkschaften berücksichtigt werden konnte. Die Justizprüfungskommission bekam im Juni 2001 vom Kantonsrat den Auftrag, eine andere Lösung zu suchen. Die zwei Vertreterinnen der Alternativen Fraktion setzten sich engagiert für die Schaffung eines Arbeitsgerichts ein. Vergeblich, die Mehrheit der Kommission wollte auf diese Idee gar nicht eingehen, sie fand, ein Arbeitsgericht sei zu aufwändig. Keine Unterstützung fand der GBZ-Vorschlag auch beim Präsident der Kommission, der SP-Mitglied ist und Gewerkschafter. Die Justizprüfungskommission hielt stur an ihrem Vorschlag fest, eine Schlichtungsstelle zu schaffen, die bei der Volkswirtschaftsdirektion anzusiedeln ist. Der Kantonsrat lehnte dann im April 2001 diesen Vorschlag ab, gleichzeitig aber auch die Schaffung eines eigentlichen Arbeitsgerichtes. Ende November hat dann das Obergericht bekanntgegeben, dass zwei Schlichter im Nebenamt eingesetzt worden sind, die beim Kantonsgericht angesiedelt sind. Auch bei diesem letzten Kapitel fand man es nicht nötig, die Meinung des GBZ anzuhören. Diesem blieb denn nichts anderes übrig, als im nachhinein das Befremden, ob diesem Vorgehen zu äussern und die Skepsis zu formulieren, dass als Schlichter zwei Anwälte aus dem Umfeld von CVP und FdP gewählt worden sind, die beide zu Anwaltsbüros gehören, die sich eher für die Interessen der Kapitalgeber einsetzen.

Abstimmung Initiative "Kapitalgewinnsteuer"

Am 2. Dezember 2001 haben auch die Zuger StimmbürgerInnen mit nur 24,3% Ja-Stimmen (auf eidgenössischer Ebene: 594'927 (34.1%) Ja; 1'149'182 Nein) die Initiative für eine Kapitalgewinnsteuer abgelehnt. Die Ereignisse am 27. September behinderten die Bildung eines Komitees. Der GBZ verteilte das nationale Flugblatt. Die Abstimmungszeitung wurde in alle Haushaltungen verteilt. Im übrigen wurden noch einige Leserbriefe geschrieben. Die Gegenkampagne wurde vom Gewerbeverband auf bedenklich tiefen Niveau geführt. In der Kampagne ist es dennoch gelungen, die Ungerechtigkeiten der fehlenden Kapitalbesteuerung zu thematisieren.

3. GBZ-Veranstaltungen

Diskussionsabend für PolitikerInnen zum Thema "Soziallohn"

Zehn KollegInnen haben an diesem interessanten Diskussionsabend teilgenommen. Es hat immer noch viele Leute, die von ihrem Lohn nicht leben können und zu den working poor zählen. Sie sind von der Sozialhilfe abhängig. Die Direktion des Innern des Kantons Zug führt seit drei Jahren eine Kampagne gegen die Armut. In diesem Zusammenhang ist ein sogenannter Soziallohn in Vorbereitung. Für die Gewerkschaften ist es dabei wichtig, dass die Arbeitgeber nicht aus der Pflicht entlassen werden, anständige, d.h. existenzsichernde Löhne zu zahlen. Der Soziallohn darf keine staatliche Subventionierung für schlechte Arbeitgeber sein. Die Einleitung machte Bruno Bollinger. Diskutiert wurde unter anderem über die SP-Kantonsratmotion, die Mindestlöhne fordert, darüber, was ein Minimallohn sein könnte und über die Flankierenden Massnahmen zu den bilateralen Verträgen mit der EU.

1. Mai 2001

Die 1. Mai-Kundgebung fand traditionsgemäss auf dem Landsgemeindeplatz „unter der Linde“ statt. Motto war: „Wir Gewerkschaften! Vernetzt. Solidarisch“. Als Hauptredner war Landammann Hanspeter Uster vorgesehen. Da er aber am 1. Mai krank war, wurde seine Rede vom SGA-Gemeinderat Martin Stuber vorgetragen. Der zweite Redner war SP-Stadtrat Eusebius Spescha, für die Frauen sprach GBZ-Vizepräsidentin Josy von Wyl. Wie jedes Jahr traf sich auf dem Landsgemeindeplatz vor allem die Zuger Linke. Severin Oswald umrahmte die Kundgebung musikalisch. Stände mit Infos, Esswaren und Getränken versorgten die TeilnehmerInnen. Wiederum gut war die Berichterstattung in den Zuger Medien. Die 1. Mai-Kundgebung wurde vom 1. Mai-Komitee organisiert, das aus dem GBZ, der SP, der SGA und der Frischen Brise besteht.

GBZ-Apéro mit der Kollegin und dem Kollegen aus dem Regierungsrat

Zum neunten Mal hätte am 25. Oktober 2001 der traditionelle Apéro des GBZ mit der Kollegin und dem Kollegen aus dem Regierungsrat stattfinden sollen. Beim Attentat vom 27. September auf den Zuger Kantonsrat wurde aber Monika Hutter ermordet und Hanspeter Uster schwer verletzt. Die Veranstaltung wurde abgesagt.

4. Informationspolitik

Pressemitteilungen

Regelmässig war der GBZ in den Medien präsent. Im vergangenen Jahr wurden folgende Pressemitteilungen veröffentlicht:

(nZZ = Neue Zuger Zeitung; ZP = Zuger Presse; ZW = Zuger Woche)

Frauen-Jubiläumsjahr

nZZ (5.2.01): „*Noch viel zu tun*“

Gewerkschaftsbund für EU-Beitritt

nZZ (19.2.01): „*GBZ befürwortet den EU-Beitritt*“

Kantonales Arbeitsgericht schaffen

nZZ (21.2.01): „*Für ein kantonales Arbeitsgericht*“

GBZ-Diskussionsabend "Soziallohn"

nZZ (22.2.01): „*Mindestlöhne: Öffentlicher Druck aufrechterhalten*“

Lego: Manager entscheiden über Arbeitende

ZP (2.3.01): „*Gewerkschaften kritisieren einseitig erlassenen Leistungskatalog als ungenügend*“

nZZ (2.3.01): „*Kritik der Gewerkschaften*“

Lego: Betriebe sind keine Familien

nZZ (6.3.01): „*Kritik an Lego-Firmenphilosophie*“

Zuger Woche (7.8.01): „*Betriebe sind keine Familien*“

GBI-Zeitung (7.3.01): „*Sozialplan wie?*“

SMUV-Zeitung (14.3.01): „*Betriebe sind keine Familien*“

GBZ-DV

nZZ (29.3.01): „*Gewerkschaftsbund: Klare Forderung nach Mindestlöhnen*“

Lego: Gewerkschaften setzen sich für Arbeitenden ein

Zugerbieter (29.3.01): „*Gewerkschaften erfüllen ihre Pflicht*“

Lego lehnt Hilfe der Gewerkschaften ab

ZP (11.5.01): „*Lego lehnt Hilfe der GBI ab*“

nZZ (.01): „*Lego lehnt fremde Hilfe ab*“

Proporz ist demokratischer als Majorz

ZP (25.5.01): „*Proporz ist demokratischer als Majorz*“

nZZ (28.5.01): „*Der GBZ sagt Nein zum Majorz*“

GBZ-Info

Im vergangenen Berichtsjahr wurde allen GBZ-Delegierten das GBZ-Info geschickt. Das GBZ-Info geht auch an 100 uns nahestehende PolitikerInnen und InteressentInnen und ist im Jahr 2001 viermal erschienen.

- **Nr. 42, Januar 2001:** Steuergesetz, Rentenalter-Initiativen, Zeba-Streik, Diskussionsabend zum Thema "Soziallohn", Berufsbildung, Spital-GAV, Hanspeter Uster wird Zuger Landamann.
- **Nr. 43, März 2001:** 1. Mai, Tripartite Kommissionen, Lego Baar, Arbeitsgericht.

- **Nr. 44, Mai 2001:** Majorz, Mindestlöhne, SMUV-GV, 1. Mai, Lego
- **Nr. 45, Oktober 2001:** Attentat auf Zuger Parlament, Ladenöffnungszeiten, Spital GAV, Lego, Esec, Mindestlöhne, Kampagne der Abtreibungsgegner, Jubiläum "30 Jahre Frauenstimmrecht", Kapitalgewinnsteuer

Vernehmlassungen

Im Jahr 2001 wurde der GBZ zu keiner Vernehmlassung beigezogen.

5. Kommissionstätigkeit

Konsultativkommission für Wirtschafts- und Konjunkturfragen

Am 14. März 2001 fand eine erste Sitzung statt, an der über das neue Steuergesetz und die Schliessung der Lego diskutiert wurde. An dieser Sitzung kam auch eine Zuger Firma zur Sprache, die den Innovationspreis erhalten hat, und die im Verdacht steht, einige Bestimmungen bezüglich Arbeitssicherheit nicht einzuhalten. Am 7. November 2001 fand eine zweite Sitzung statt zu den Themen Ereignisse September/Oktober, Auswirkungen auf die Zuger Wirtschaft und Aktuelles von der Kontaktstelle Wirtschaft. An beiden Sitzungen nahmen für den GBZ Bruno Bollinger und Madeleine Landolt teil.

Verein für Arbeitsmarktmassnahmen (VAM)

Am 22. März 2001 fand die GV statt. Am 17. Februar 2001 konnte in einer Pressemitteilung festgehalten werden, dass es zwei Drittel weniger Arbeitslose gab als 1997, aber fast gleich viele Beraterinnen und Berater wie vor vier Jahren. Dennoch kein Widerspruch, denn die Fälle werden immer komplizierter.

46% der im Kanton Zug registrierten Arbeitslosen sind Ausländer von denen viele keine Ausbildung haben und dazu noch schlecht Deutsch sprechen. Als erste Massnahme zur besseren Vermittlungsfähigkeit hat der Kanton Zug knapp CHF 2 Mio. (1999) für die Höherqualifikation in Amtssdeutsch ausgegeben und CHF 1.7 Mio. für ausbezahlte Taggelder.

Im August ging Oskar Weibel, VAM-Geschäftsführer, in Pension. RAV-Leiter Fredy Omlin übernahm diese Position zusätzlich. Der VAM und der RAV werden von Volkswirtschaftsdi- rektor Robert Bisig präsiert. 1997 beschäftigte der VAM 23 Personen. Im Moment noch 17. Per Ende 2001 wurden 1544 Personen vom RAV beraten. 25 Fest- und Temporärstellen sind im Dezember 2001 vermittelt worden. 37 offene Stellen wurden registriert. 1594 Beratungs- und Kontrollgespräche fanden statt. Vom Kantonalen Amt für Wirtschaft und Arbeit (KAWA) mussten im Dezember 26 Sanktionen wegen ungenügenden Arbeitsbemühungen ausgesprochen werden. 29 Personen sind im Dezember (im November 9) ins VAM-Stellennetz eingetreten. Zurzeit sind 97 Personen beschäftigt. Am Workshop "Wege in die Selbständigkeit" nahmen 15 Personen teil. Das Programm "Einstieg in die Berufswelt" wird mit 13 Personen geführt. Am Berufspraktikum nehmen 2 Personen teil. Von den im Dezember 2001 aus dem Stellennetz ausgestiegenen Personen haben zwei ein Stelle gefunden. An den VAM-Programmen nahmen insgesamt 114 Personen teil.

Für den GBZ ist Josy von Wyl im VAM-Vorstand.

Kommission für die Gleichstellung von Mann und Frau

Sybilla Schmid Bollinger vertrat die Gewerkschaften (GBZ und Christliche) in der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann. Im Berichtsjahr fanden neun Sitzungen der Kommission statt sowie zahlreiche Besprechungen und Arbeitsgruppensitzungen. Sybilla Schmid Bollinger vertrat die Kommissionssekretärin während deren Ferien. Sie arbeitete insbesondere in der Arbeitsgruppe "Arbeitswelt" mit. Zusammen mit Herrn Regierungsrat Peter Bossard selig entwickelte sie die Idee einer gemeinsamen Abendveranstaltung der Direktion des Innern und der Gleichstellungskommission unter dem Titel "Chancengleich - Chancenlos?" Diese Veranstaltung wird aufgrund des Attentats vom 27. September nun erst am 14. März 2002 durchgeführt. Folgeveranstaltungen zum Thema in der Form von Mittagslunches sind bereits in Vorbereitung. Auch hier engagiert sich unsere GBZ-Vertreterin.

Schlichtungsstelle für die Gleichstellung von Mann und Frau

Bruno Bollinger ist Mitglied der Schlichtungsstelle, die im vergangenen Jahr keine Fälle zu behandeln hatte.

Einigungsamt

Hans Rüegg ist Mitglied des Einigungsamtes des Kantons Zug, Sybilla Schmid Bollinger Ersatzmitglied. Das Einigungsamt trat auch 2001 zu keiner Sitzung zusammen.

Verein für die Betreuung der ausländischen ArbeitnehmerInnen

Der Vorstand hat sich 2001 zu einer Sitzung am 8. März getroffen, an der vor allem die GV vorbereitet wurde. Die Gewerkschaften werden vom Syna-Sekretär Vincenzo Stillavato vertreten, der inzwischen zurückgetreten ist. Pietro Panico ist als Vertreter der ausländischen Organisationen im Vorstand.

Berufsschulkommission der gewerblich-industriellen Berufsschule Zug (BSK)

Ruedi Amrein vertritt den GBZ und verfasste folgenden Bericht:

Die Berufsschulkommission traf sich im vergangenen Jahr zu drei ordentlichen und einer ausserordentlichen Sitzung. Die Sitzung vom 3. Oktober wurde in folge der tragischen Ereignisse vom 7. September im Kantonsratsaal abgesagt. Der Präsident der BSK, Robert Bisig, wurde durch dieses Ereignis verständlicherweise vollkommen absorbiert.

Auf den 31. Dezember 2001 traten die Ausführungsbestimmungen 1 zum Bundesgesetz über die Berufsbildung vom 30. August 2001 in Kraft, welche zuvor vom Kantonsparlament verabschiedet wurden. Neben den neuen Modalitäten in den Bereichen Ausbildungsverbunde, Beiträge an Fahrspesen für Lehrlinge sowie überbetriebliche Kurse, wurden die bisherigen Regelungen weitgehend übernommen. Um auf rasche Veränderungen flexibler reagieren zu können, wurden die festgelegten Zuständigkeiten soweit geändert, dass neu, das Amt für Berufsbildung die Ausführungsbestimmungen anpassen kann.

Mit dem Projekt „Quintessenz“ wurde auf Beginn des neuen Schuljahres an der GIBZ eine neue Organisationsstruktur eingeführt. Neben dem Qualitätsmanagementsystem ISO 9001, dem Umweltmanagementsystem ISO 14001 wird auch die Norm edu Qua angestrebt, die Voraussetzung ist, um vom Kanton Subventionen zur beruflichen Weiterbildung zu erhalten.

Der wirtschaftliche Wandel schlägt sich an der GIBZ auch darin nieder, dass alte Berufe verschwinden und neue auftauchen, so z. B. Telematiker und Montageelektriker. In der Berufsbildung sind innovative Ideen gefragt um die Berufslehre für Jugendliche attraktiv zu halten. So wird im Projekt Vinto erstmals ein Pilot mit einer Sportlerklasse geführt, in der Spitzensport und Lehre unter einer Decke vereint werden. Bei diesem Projekt wird der Schulstoff auf ein Jahr mehr verteilt.

Aus- und Weiterbildung nimmt im Berufsleben eine immer wichtigere Rolle ein. Dieser Herausforderung begegnet das GIBZ unter anderem mit einer virtuellen Lernplattform, wo sich die Berufsleute von zu Hause oder vom Arbeitsplatz aus, weiterbilden können. Neben diesen Schwerpunktthemen behandelte die Kommission auch Personalfragen und allgemeine Schulalltagsprobleme.

6. Die GBZ-Verbände

Mitgliederentwicklung

	1980	1990	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
GBH / GBI	669	1146	1286	1271	1255	1101	851	720	520	337	360
GTCP (1)	41	29									
SMUV	987	843	887	885	960	1037	1'079	1'169	1'069	1'138	1'051
SEV	361	458	484	489	490	483	482	470	464	446	438
VPOD	74	134	139	147	144	142	141	141	136	124	137
GeKo (2)	76	77	77	76	80	81	84	60	*	173	152
VHTL	50	20	20	19					*	*	*
Comedia (3)					57	50	49	56	*		74
Kanton Zug	2'258	2'707	2'893	2'887	2'986	2'894	2'686	2'616	2'189	2'218	2'212

(1) Ab 1.1.93 nach Fusion von GBH und GTCP = GBI

(2) PTT-Union ab 1998 in Gewerkschaft Kommunikation unbenannt

(3) GDP nach Fusion mit SLB = Comedia

* Infolge Zusammenlegung der Innerschweizer Sektionen weisen diese Verbände keine separaten Zahlen für den Kanton Zug mehr aus.

GBI

Am 28. April 2001 hat die DV den Zusammenschluss mit der Sektion Oberer Zürichsee/Glarus beschlossen. Die erste DV der neuen Sektion fand am 23. Juni in Arth statt. Als Präsidentin wurde Edith Keiser-Gloor, Luzern, gewählt. Giuseppe Reo ist als Sekretär gewählt worden. Für Zug ist ein neue Funktionär, Antonio Prontera, angestellt worden. Der Zuger Kantonalpräsident ist Fredy Frei.

SMUV

An der Generalversammlung vom 27. April 2001 wurde Ruedi Amrein als Sektionspräsident bestätigt.

VPOD

An der GV vom 16. März 2001 wurde Toni Gschwind als Präsident bestätigt. Dank dem VPOD konnte ein GAV für das Zuger Spitalpersonal abgeschlossen werden.

Gewerkschaft Kommunikation

In Zug hat es keine Gewerkschaftsgruppe der GeKo mehr.

SEV

Auch im Jahr 2001 war von den SEV-Gruppen in Zug nichts zu erfahren.

Innerschweizer Gewerkschaftsbünde

Es fanden keine Zusammenkünfte statt.

7. GBZ-Gremien

GBZ-DV vom 27. März 2001

16 KollegInnen und vier Gäste nahmen an der Delegiertenversammlung teil. Jahresbericht, Rechnung und Budget wurden angenommen. Im Anschluss an die DV referierte Franz Cahannes, GBI-Geschäftsleitungsmitglied und Präsident Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich zum Thema "Gewerkschaften und Politik". Die neue Zuger Zeitung berichtete über die DV.

GBZ-Vorstand

Der GBZ-Vorstand setzte sich wie folgt zusammen:

Bruno Bollinger (SMUV), Präsident;
Josy von Wyl (GBI), Vizepräsidentin;
Pietro Panico (SMUV), Vizepräsident;
Sybilla Schmid Bollinger (SMUV), Kassierin;
Toni Gschwind (VPOD).

Neben den regelmässigen Ressortberichten (Frauen, Verein für Arbeitsmarktmassnahmen, Gleichstellungskommission, Politik) wurden folgende Schwerpunktthemen behandelt:

- 30. Januar** Steuergesetz, Flugiverteiler-Plan (anschliessend Vorstandssessen)
- 19. April** 1. Mai, Arbeitsgericht, Jubiläum Frauenstimmrecht / Gleichstellung / Frauenstreik, Lego Baar
- 12. Juni** 1. Mai, Arbeitsgericht, Jubiläum Frauenstimmrecht / Gleichstellung / Frauenstreik, Lego Baar
- 25. September** Jubiläum Frauenstimmrecht / Gleichstellung / Frauenstreik, Ladenöffnungszeiten, Kapitalgewinnsteuer
- 13. November** Kapitalgewinnsteuer, Ladenöffnungszeiten, nach dem 27. September, Initiative Arbeitszeitverkürzung, GBZ-Pool.

Den Kolleginnen und Kollegen vom Vorstand danke ich an dieser Stelle für ihre Mitarbeit.

8. Schlussbemerkungen

Das Jahr 2001 war auch das Jahr der Freiwilligenarbeit. Ohne Engagement vieler Aktiven in ihrer Freizeit könnten die Gewerkschaften nicht funktionieren. Wohl haben alle Gewerkschaften SekretärInnen und FunktionärInnen, die angestellt sind. Der grösste Teil der Arbeit leisten aber immer noch die sogenannten "Nebenamtlichen", eben jene, die es in der Freizeit machen. Vorstandsmitglieder sind Freiwillige, Präsidenten sind Freiwillige. Jene die Unterschriften sammeln oder Flugblätter verteilen sind Freiwillige. Die Mitglieder der Personalvertretungen der meisten Grossbetriebe üben ihre Tätigkeit zum Teil ausserhalb der Arbeitszeit aus. Und alle jene, die am Arbeitsplatz helfen, Probleme zu lösen oder sonst ihre Dienste anbieten, sind Gewerkschaftsmitglieder, die es freiwillig machen.

Der GBZ funktioniert ausschliesslich auf freiwilliger Basis. Der Präsident, der gleichzeitig auch als Sekretär amtiert, erhält eine jährliche Entschädigung von 750 Franken. Die Kassierin 250 Franken. Alle anderen Vorstandsmitglieder erhalten nicht einmal ein Sitzungsgeld. Als kleine Entschädigung gilt für sie das jährliche Vorstandessen. Als Belohnung hat der GBZ letztes Jahr alle GBZ-Aktiven zu einer Pizza im Centro italiano eingeladen. All diesen Freiwilligen danken wir an dieser Stelle nicht nur in unserem Namen, sondern im Namen all jener, die dank dem Einsatz der Gewerkschaften faire und anständige Arbeitsbedingungen haben.

Bruno Bollinger, Präsident GBZ

8. März 2002